



BEIRAT FÜR MENSCHEN MIT
BEHINDERUNG
IM KREIS OSTHOLSTEIN
wir sind UN.KONVENTION. EU

Edda Rahlf
Vorsitzende
Tel.: 04363-6831029
E-Mail: eddarahlf@t-online.de

Lensahn, 22. August 2021

Jahresbericht 2020

Liebe Leserin,
lieber Leser,

am Ende des Jahresberichtes 2019 haben wir geschrieben:

Noch ist uns nicht klar, in welchem Umfang der Beirat diese Themen/ Ziele/ Aufgaben beraten und umsetzen kann mithilfe von Telefon- und Videokonferenzen während der Coronapandemie und welche neuen Anforderungen durch Kontakteinschränkungen und die digitale Kommunikation entstehen.

Corona hat 2020 nicht die Teilhabe für die Mehrzahl der Bürger am normalen gesellschaftlichen Leben eingeschränkt, sondern das bisherige gesellschaftliche Leben selbst: Einkaufen mit Maske, keine Umarmungen – Berührungen sind gefährlich, Abstand statt Nähe, tägliche Gefahrenberichte und Todeszahlen: eine Neue Normalität, die manchen erfahrbar machte, wie tiefgehend Menschen mit Behinderungen „normalerweise“ behindert werden.

Für viele Menschen mit Behinderungen hat die Pandemie ihre Situation erheblich verschärft. Menschen mit Hörbeeinträchtigungen konnten wegen der Maske nicht mehr von den Lippen ablesen, konnten die Warnungen im Fernsehen nicht verstehen, weil keine Gebärdendolmetscher übersetzt haben, hatten zu Behörden, die geschlossen waren, nicht einmal per Video Kontakt, weil es keine Video-App mit direkter Transkription gab/ gibt. Örtliche Beratungen der kommunalen Beauftragten und der EUTB mussten eingestellt werden. Die Umstellung auf telefonische Beratung erwies sich als sehr schwierig.

Viele behinderte Bürger galten als gefährdet und als Gefährder: Ihre Kontakte wurden eingeschränkt mit drohender Vereinsamung als Folge. Die behinderte Richterin Nancy Poser sprach aus, was viele angesichts nicht ausreichender Beatmungsgeräte in den Kliniken befürchteten:

Wenn sie das Triage-Verfahren so durchziehen wie geplant, dann sind wir, die behindert sind, alle raus, weil unsere Überlebenschancen geringer sind (die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über ihre Klage steht noch aus).

Behinderte Mitarbeiter*innen durften in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen nicht mehr arbeiten, mussten von den Eltern ganztägig betreut oder in den Wohnstätten etagenweise separiert werden.

„Es fühlte sich an wie eine Depression“ meinte eine Person mit einer psychischen Krankheit.

Wie durch ein Brennglas/ Vergrößerungsglas wurden die vorhandenen Defizite in vielen Bereichen deutlicher.

Für Online-Kontakte waren häufig die Voraussetzungen nicht erfüllt: PC-Hardware, PC-Kenntnisse, Video-Software ohne Echo, unzureichender Netzempfang.

Das alles galt auch für den Beirat von Menschen mit Beeinträchtigungen und beeinflusste deutlich die Bearbeitung und Umsetzung unserer Ziele, die wir im Jahresbericht 2019 für 2020 benannt haben (lila):

AG Arbeit: Beratungstermine – mit Maske

1 BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) - Veranstaltung

Die für das zweite Halbjahr mit Bgm. Keller geplante öffentliche Veranstaltung mit regionalen Unternehmen und Gemeinden musste wegen der Pandemie ausfallen und sollte im 1. Halbjahr 2021 stattfinden.

2 PB (Persönliches Budget) Info-Gespräche mit Nutzer*innen

Eine Mitarbeiterin des Kreises Ostholstein nimmt an einer AG-Beratung teil. Sie erläutert, dass das Persönliche Budget in Form des Arbeitgebermodells

- auf Seiten des Leistungsberechtigten den unbedingten Willen zur Selbstbestimmung voraussetzt und entsprechende intellektuelle Fähigkeiten,
- die Übernahme der Arbeitgeberrolle gegenüber den Mitarbeiter: innen (Nähe/ Distanz) erfordert,
- die Bereitschaft des Kostenträgers voraussetzt, große Zeiten der „Untätigkeit = Bereitschaft“ als notwendige Personalkosten zu akzeptieren,
- die Fähigkeit der Mitarbeiter: innen benötigt, im Standby-Modus zu arbeiten und
- eine bezahlte Assistenz notwendig sei durch professionelle Dienstleister bei der Antragstellung und den Arbeitgeberpflichten (Arbeitsrecht, Dienstplanung mit Urlaubs- und Krankheitsvertretung, Dokumentation, Versicherung, Budgetverwaltung, Buchhaltung, Verwendungsnachweis ...).

Für die Beantragung nach SGB 9 § 29 eines „Persönlichen Budgets“ einer ehrenamtlichen Assistenz sind Verzögerungen der

Kreisverwaltung bei der Antragsbearbeitung zurückzuführen auf mangelnde Kontakte zur Antragstellerin und geringe Erfahrungen mit dieser Form der Hilfe.

Ein Antrag auf ein Persönliches Budget für ehrenamtliche Tätigkeit wurde nach unserem Wissen in SH erstmalig gestellt.

3 Arbeitsangebote für psychisch Kranke (Beratung mit Leistungsträgern und Nutzer*innen)

Wegen der Kontaktbeschränkungen sollen die Gespräche vom Dezember 2017 erst 2021 wieder aufgenommen werden zu folgenden Themenkreisen:

- In Ostholstein zeigen sich Probleme (Auslastung eines Angebots) aufgrund der Größe des Kreisgebietes. Angebote können nur schwer von Klienten erreicht werden, da der öffentliche Personennahverkehr schlecht ausgebildet ist. Ziele könnten sein: niederschwellige Angebote zu schaffen und diese sozial-räumlich anzusiedeln und dabei zu klären, ob es für die Tätigkeiten eine geringfügige Entlohnung geben kann und wie diese finanziert werden können.
- Alternativen zur WfbM für Anspruchsberechtigte durch „Andere Leistungsanbieter“ (nach § 60 SGB 9).

4 Weitere Themen der AG Arbeit waren:

- a. Aktionsplan des Kreises 4
- b. Staatenbericht der BRD 3
- c. Rentenansprüche in den WfbM beim Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt

AG Bildung: Beratungen – mit Maske

1 Transparenz für Eltern im Hilfebedarfsprozess/ Übergang Kita-Schule (Beratung mit dem Kreis OH und Eltern)

Das Thema begleitet uns seit 2018. Ein Gespräch mit Frau Hübner im Mai 2019 sollte 2020 mit Frau Lübker anhand einer Grafik des Beirates fortgesetzt werden.

Wegen Corona kam dieser Termin nicht zustande.

2 Inklusive Schule in OH – Information einholen über Entwicklungen/ best-practise Beispiele erkunden

Am 12.02.2020 beantwortete Schulrat Panten umfangreiche Fragen der AG Bildung im Beirat. Eine Reflektion/ Bearbeitung der Antworten hat 2020 noch nicht stattgefunden.

3 Neues Kita-Gesetz – Information beschaffen

4 BTHG – Frühförderung (Stand in OH)

- 5 Kinder mit Beeinträchtigungen in der Krippe (Stand in OH)
Die pandemiebedingten Einschränkungen haben verhindert, die Themen 3,4,5 im Jahr 2020 zu behandeln.
- 6 Weitere Themen der AG Bildung waren
- Aktionsplan des Kreises
 - Staatenbericht der BRD
 - BTHG und Frühförderung
 - Umsetzung BTHG
 - Kinder mit Beeinträchtigungen in der Krippe
 - Übergang Kita Schule – Folgen für erwerbstätige Eltern
 - Reduktion der I-Plätze
 - Fachleistungsstunden in Kitas

AG Barrierefreiheit – Mobilität – Wohnen:

Beratungen – mit Maske oder online

A. Mobilität

1 RNVP (Regionaler Nah-Verkehrs-Plan) – Begleitung

- ✚ Der Beirat freut sich über die Möglichkeit einer Stellungnahme für so einen umfangreichen/ komplexen Bereich - für einen ehrenamtlichen Beirat ist dies allerdings eine große Herausforderung.
- ✚ Im Januar 2020 stellt Herr Bock von der Firma plan: mobil mit PowerPoint vor:
 - die Anforderungen zur Barrierefreiheit bei der Erstellung des 4. Regionalen-Nah-Verkehrsplan zur Diskussion
 - sowie die Leitlinien und Grundsätze zur Barrierefreiheit im ÖPNV für den 4. Regionalen Nahverkehrsplan (Aktualisierung: 20. Dezember 2019).Im Gespräch ergaben sich kleine Änderungen und der Gedanke, dass nach der Verabschiedung des 4. RNVP im Kreistag (Juni 20) die Aktivregionen zusammen mit den Gemeinden, dem Beirat und der Initiative 'OH-wir alle: auf dem Wege zur Inklusion' in einer Arbeitsgruppe über die Anpassung der Bus-Haltestellen beraten.
- ✚ Am 7.8.2020 hat der Beirat auf der Grundlage des Entwurfes zum 4. RNVP die Beratungsergebnisse aus allen AGs schriftlich dem Kreis OH zur Verfügung gestellt mit folgenden wesentlichen Bemerkungen:
 - Gemäß PBefG § 8 Abs. 3 (Personenbeförderungsgesetz) ist der Behindertenbeirat OH angehört worden.

- Der Beirat empfiehlt,
 - o auch die örtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen einzubinden in den kontinuierlichen Verbesserungsprozess, da die Kommunen eine wesentliche Rolle spielen,
 - o dass nach der Verabschiedung des 4. RNVP im Kreistag, die Aktivregionen zusammen mit den Gemeinden, dem Beirat, Verbände der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Fahrgäste und der Initiative 'OH-wir alle: auf dem Wege zur Inklusion' in einer Arbeitsgruppe über die Anpassung der Bus-Haltestellen beraten.

- Der Beirat erinnert
 - o in diesem Zusammenhang an die Aussage aus dem 3. RNVP:
„Bushaltestellen fungieren quasi als „Aushängeschild“ des ÖPNV. Ihr Zustand trägt damit ganz wesentlich zur Akzeptanz des ÖPNV bei und kann helfen, Zugangshemmnisse abzubauen.“
 - o Im übernächsten Absatz heißt es dann: „Gerade bei den Haltestellen spielt der Aspekt Barrierefreiheit eine herausragende Bedeutung, denn die bauliche Infrastruktur entscheidet in erheblichem Maß über die Zugänglichkeit des Systems ÖPNV für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.“

- Der Beirat fordert
 - o eine zeitlich verbindliche Vor-Ort-Erfassung durch den Kreis OH für sämtliche rund 900 Haltestellen in OH nach einem landesweiten Haltestellenkatasters.
 - o einen verbindlichen Umsetzungsplan aller Beteiligten - insbesondere der Gemeinden als Straßenbulasträger - mit Priorisierungen und konkreten Ausnahmen (eventuell unter Federführung des 'Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages Bereich Ostholstein' auf Initiative des Kreises und mit Beratung durch den Kreis OH) auf der Basis einer groben Kostenschätzung. Eine Handreichung für die Kommunen wäre aus unserer Sicht sinnvoll. Die ad-hoc-Gruppe schlägt als Frage vor: "Stellt euch vor, es wäre 01.01.2022... Was müsste im Rahmen der anstehenden Planungen und Maßnahmen geschehen, damit unser ÖPNV-System bis dahin barrierefrei ist?"

- Der Beirat befürwortet
 - o die Aktualisierung/ Anpassung des Flyers aus 2019 im Zuge des Klimaschutz-Projektes (www.klimaschutz-oh.de),
 - o einen Flyer mit Informationen zur Barrierefreiheit des ÖPNV in OH,

- einen barrierefreien Internetauftritt (Leichte Sprache, Vorlesefunktion),
 - die Aktualisierung der Broschüre „Barrierefrei unterwegs“ der nah SH aus den Jahren 2015/2016,
 - Aussagen zu Ferienzeiten und späten Abendstunden in den Standards.
- Der Beirat fragt:
- wird das Fahrpersonal hinsichtlich Barrierefreiheit geschult?
 - Werden bei vorhandener Qualifikation Menschen mit Behinderungen eingestellt?

2 Beteiligung des Beirates an Tiefbau-Maßnahmen

Der Kreis hat dem Beirat angeboten, ihn in geplante Tiefbau-Maßnahmen einzubinden. Ein online-Austausch ist für 2021 vorgesehen.

B. Wohnen im Quartier (für Personen aus den Tagesförderstätten) – Anhörung

- Im Februar haben Eltern, Vertreter der Leistungsträger und Leistungserbringer die Experten-Anhörung vorbereitet, die am 24.4.2020 im Kreishaus stattfinden sollte
 - mit Experten zu den gesetzlichen Grundlagen für Wohnen (ambulante/ 'Besondere' Wohnform) / EGH/ Pflege - SGB 9/ SGB 11/ SGB 12,
 - einer Leistungsanbieterin für EGH/Pflege in SH,
 - einem Investor für ein Quartierkonzept in Neustadt.
 Wegen der pandemiebedingten Einschränkungen konnte diese Tagung nicht stattfinden.
- Eltern/ Betreuer*innen wurde ein Fragebogen über den Betreuungsbedarf zugesandt.
- Bei einem weiteren Treffen der gebildeten Arbeitsgruppe wurde deutlich,
 - dass der Investor nicht mehr für unser Anliegen zur Verfügung steht und
 - der individuelle Bedarf detailliert erfasst werden muss.
- Von den Eltern hinterfragt wird, ob die favorisierte ambulante Wohnvariante + Assistenz geeignet ist.

C. Barrierefreiheit

- 1 Gespräch über Barrierefreiheit mit dem Betreiber eines neuen Restaurants in Heiligenhafen:
Der örtliche Behindertenbeauftragte hat die Auskunft erhalten, dass dort eine Behindertentoilette eingeplant ist.

- 2 Kinderspielplätze – Kampagne?:
Wegen der Corona-bedingten Einschränkungen wurde die Kampagne zurückgestellt.
- 3 Marktplätze in Eutin und Fehmarn: Einladung Denkmalschutz
Eine Beratung mit dem Denkmalschutz z.B. über eine Abfräsung der historischen Pflasterung in Eutin und Fehmarn wurde Corona-bedingt nicht weiter verfolgt.
- 4 Barrierefreiheit: Befreiungsanträge etc
 - Ein Gespräch mit dem Kreisbauamt (Herrn Hollerbach) zu den folgenden Themen musste verschoben werden auf 2021:
 - o Wie kann der Beirat darauf hinwirken, dass an die Stelle der Selbstkontrolle der Architekten eine unabhängige Kontrolle tritt?
 - o Anfragen/ Bitte um Stellungnahmen des Beirates von Befreiungsanträgen nach § 52 LBO
 - o Bauen (nicht barrierefrei) ohne Befreiungsanträge
 - o Barrierefreie WCs in Gaststätten (Niendorf, Heiligenhafen)
 - o Hamptons in Scharbeutz
 - o Aktionsplan Ostholstein
 - o Haltestellen in den Gemeinden/ im Kreis
 - Befreiungsantrag Kita
Der Befreiungsantrag einer Kita wurde abgelehnt wegen zumutbarer Kosten, der Begrenzung auf Kinder ohne wesentliche Beeinträchtigung, eines fehlenden Behindertenparkplatzes und eines barrierefreien WCs.
Eventuell wird die Gemeinde selbst bauen.
 - Rampen
Es gab mehrere Beratungen über die Auflösung einer Rampe in Großenbrode, die bisher von Sail United für Rollstuhlfahrer genutzt wurde.
 - Vogtkate Eutin
Der Beirat war sehr erfreut über die Neueröffnung der jetzt barrierefreien Vogtkate und hat angeregt, im Außenbereich Spielgeräte aufzubauen, die von körperlich- und seheingeschränkten Kindern und Jugendlichen selbständig und ohne fremde Hilfe nutzbar sind.
Der Geschäftsführer der Sparkassen-Stiftung Holstein hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um keinen öffentlichen Spielplatz handelt!

- Schulcampus Oldenburg
Mit den PPP Architekten aus Lübeck wurde ein sehr intensives protokolliertes Gespräch über die Berücksichtigung inklusiver Aspekte geführt – unter Beteiligung einer Mobilitätstrainerin.
- Kastanienhof Elterninitiative
Eine Vertreterin des Beirates war eingebunden in Gespräche über die aus Elternsicht katastrophalen Zustände der Räumlichkeiten in dem Förderzentrum für über 120 Schüler. Die AG hat einen „Runden Tisch“ vorgeschlagen.
- Schloss Eutin
Am 22.10.20 wurden insbesondere besprochen:
 - Die Anrampungen der Schwellen (Frühjahr 2021 fertig).
 - Wiederholende Schulungen des Personals des Schlosses mit dem aktiven Umgang der Evac-chairs.
 - Parkplatz: Gedankenanstöße des Beirates zu einer vernünftigen Platzierung der Parkplätze (noch offen) bei vorhandenen Haushaltsmitteln aus dem „Fond für Barrierefreiheit“ der Staatskanzlei. Weitere Gespräche des Beirates mit der Stadt waren wegen Corona nicht möglich.
 - Deutlicher Hinweis auf die Barrierefreiheit in der öffentlichen Darstellung des Schloss Eutin.
- Spielplätze
Großenbrode: Der Spielplatz war nicht barrierefrei. Der Beirat empfiehlt den Spielplatz Kellenhusen.
- Dünenpark Grömitz
Der Beirat wurde um eine Stellungnahme gebeten.
- Umbau des Kreisgebäudes
Herr Adler wurde von Herrn Hollerbach informiert über
 - die zeitliche Verzögerung aufgrund der Änderung der Flurbreite von 1,20 m auf 1,80 m (nicht notwendig wegen geplanten Ausweichzonen). Dies war keine Fehlplanung, sondern verursacht durch eine Anregung des Inklusionsbeauftragten des Kreises und veranlasst durch den Landrat.
 - Durch eine Umsetzung der Schranke sei auch die Zugänglichkeit der barrierefreie Parkplätze gewährleistet.
- Kochlöffel Eutin
Der Kreis hat ausnahmsweise dem Befreiungsantrag ohne Rückfrage beim Beirat zugestimmt. Es sollte geklärt werden, ob ein barrierefreier Zugang möglich ist.

- Gemeindehaus der Lensahner Kirche
Anfrage zur Barrierefreiheit beim Umbau

D. Weitere Themen der AG waren:

- ✚ Aktionsplan des Kreises OH 3
- ✚ Rechte für kommunale Beauftragte 2
- ✚ Mönchsweg Fehmarn-Bremen 1
- ✚ Barrierefreies Impfen 1

Allgemein

1 Aktionsplan Inklusion – Begleitung

Alle Arbeitsgruppen haben sich mit den Zielen und der Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplans 2016-2020 befasst.

2 2./3. Staatenbericht der BRD: Einladung Monitoringstelle

Wegen verordneten Einschränkungen kam es leider nicht zu einer Veranstaltung mit der Monitoringstelle über den Inhalt des 2./3. Staatenberichtes der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und über die Kritik der Zivilgesellschaft an diesem Bericht.

3 Vernetzung auf Landesebene: Landesbeauftragter, Runder Tisch

Mitglieder des Beirates haben regelmäßig teilgenommen (online) am Runden Tisch des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, bei dem die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Beauftragten und Beiräte in SH beschlossen und Ende des Jahres eine Geschäftsordnung beraten wurde.

Es ist geplant, die Gründungsversammlung Anfang 2021 online durchzuführen.

4 Unterstützung des Vereins zur Förderung der Teilhabe in OH

In den AGs und auf den Beiratssitzungen wurde nachgefragt, welche Auswirkungen die Corona-Beschränkungen auf die Arbeit der EUTB haben.

Der Vorstand des Beirates unterstützt den Verein durch die Mitarbeit in dessen Vorstand.

5 Entscheidung zu face-book

Einen offiziellen Beschluss hat der Beirat bisher nicht gefasst.

Wenn wir jemanden finden, der diese Seite gestalten und betreuen kann, werden wir uns mit diesem Thema noch einmal beschäftigen.

Der Vorstand

Bei zahlreichen Telefon- und Videokonferenzen hat der Vorstand eine Vielzahl von Themen beraten:

Neuer Briefkopf, neuer Flyer, Visitenkarten, Inklusionsfest (vertagt), wo fehlen kommunale Beauftragte, Hotel Eutin, Sozialkaufhaus Lensahn, Siegel für Inklusion, Kontakt zu politischen Parteien, Aufwendungen des Beirates, Rechte für kommunale Beauftragte (die Behandlung des SSW-Antrages zur Änderung der Gemeindeordnung wird weiter verzögert); Toilette für ALLE (von der Gemeinde Timmendorfer Strand einstimmig beschlossen) als Modell für Veranstaltungen im Kreis.

Ab April 2020 ruhte die Mitarbeit in den AGs. Der Vorstand befürchtete, dass der Beirat den Lockdown nicht überstehen würde - mangels direkten Kontaktes untereinander und zu anderen Akteuren im Netzwerk.

Die Rückmeldung von Mitgliedern waren z.B.:

Ich fühle mich eingesperrt; bin verunsichert; bin mit Videokonferenzen überfordert; die notwendigsten Hilfen brechen weg, weil ich zur Risikogruppe gehöre; bin allergisch und bekomme keinen Termin in einer Hautarztpraxis; bin chronisch krank und von allen sozialen Kontakten abgeschnitten; fühle mich physisch und psychisch schwach; ohne Gebärdendolmetscher verstehe ich die Pressekonferenzen nicht; bin als Pflegebedürftige im eigenen Haus bei den Impfprioritäten nicht berücksichtigt worden und habe Angst und fühle mich unwohl ...

Die obigen Berichte zeigen, dass dennoch in den AGs vieles beraten wurde und Lernprozesse erfolgten, die sich mancher früher nicht zugetraut hätte.

Ende 2020 wussten wir nicht, welche Freiheiten die Impfkampagne, die erst im Dezember stotternd und insbesondere für viele Menschen mit Behinderungen enttäuschend begonnen hatte, im Jahr 2021 ermöglichen würde.

Schwankend zwischen Mutlosigkeit und Zuversicht, aber im Wissen darum, dass gemeinsame Ziele eine eigene Zugkraft entwickeln können gegen die aufkommende Resignation, haben wir thematisch diese Schwerpunkte für 2021 festgelegt:

- Impfen für schwerbeeinträchtigte Bürger ermöglichen
- Wohnen mit Assistenz für Menschen, die tagsüber in einer Tagesförderstätte begleitet werden, vorantreiben mit betroffenen Eltern/ Betreuern
- Die Umsetzung des Aktionsplans Inklusion des Kreises Ostholstein bewerten und die Fortsetzung unterstützen mit Einbindung der Zivilgesellschaft
- Befreiungsanträge nach § 52 LBO bearbeiten
- Verfahrenstransparenz für Bürger im Kreis Ostholstein im Prozess der Hilfeplanung und Verwaltungsentscheidung einfordern
- Die Bestandsaufnahme der Haltestellen im Kreis Ostholstein nach dem Erfurter Modell beschleunigen

- Die Zahl der kommunalen Beauftragten im Kreis Ostholstein erhöhen und die Behandlung des Antrages vom SSW im Landtag zur Änderung der Gemeindeordnung fordern
- Auffinden einer Software für Videokonferenzen mit Transkription zur Verbesserung der barrierefreien Kommunikation
- Unterstützung des Vereins zur Förderung der Teilhabe in Ostholstein
- Begleitung des Eutiner Schlosses bei der Entwicklung zur Barrierefreiheit
- Weiterentwicklung eines Regelwerkes/ Geschäftsordnung für den Beirat

Wir danken allen, die uns im Corona-Jahr 2020 unterstützt und damit beigetragen haben, die Teilhabe für Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern.



Edda Rahlf
(Vorsitzende des Beirates)